

Integration oder Gleichgewicht? Russland nach der ukrainischen Revolution

Rahr, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rahr, A. (2005). Integration oder Gleichgewicht? Russland nach der ukrainischen Revolution. *GUS-Barometer*, 11(37), 1-3. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-130866>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

GUS- Barometer

Herausgegeben vom Körper-Zentrum Russland/GUS
zur Unterstützung des Petersburger Dialogs.

Februar 2005 | Nr. 37 | 11. Jahr

Russland nach der ukrainischen Revolution

Integration oder Gleichgewicht?

In seiner ersten Amtszeit hat Wladimir Putin Russland wirtschaftlich stabilisiert und innerlich konsolidiert. Die Außenpolitik war auf die Gewinnung einer Unterstützung der Modernisierung der russischen Wirtschaft durch den Westen gerichtet. In der zweiten Amtszeit versuchte Putin, sein eigentliches großes außenpolitisches Ziel zu realisieren: die Schaffung einer neuen Union mit der Ukraine, Belarus und Kasachstan. Die orangefarbene Revolution machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Jetzt sollte Putin darauf achten, dass seine Außenpolitik nicht in Kollision mit dem Westen gerät, was ein Ende der Europäisierung Russlands bedeuten würde.

Die orangefarbene Revolution in der Ukraine hat die politische Landkarte in Osteuropa verändert. Russland hat seine Führung im postsowjetischen Raum eingebüßt. Die Gefahr besteht, dass Russland jetzt den Anschluss an

Putin-Berater General Wiktor Iwanow und Sergej Jastrschembskij stellten im September 2004 vor Mitgliedern der DGAP im Adlon die russische EU-Strategie vor.



Europa und die USA verliert. Die während des Irak-Kriegs entstandenen Risse im Verhältnis EU – USA sind auf der Grundlage der Eindämmung eines russischen »Neoimperialismus« gekittet worden. Russlands Verhalten in der Ukraine weckte den Argwohn des gesamten Westens, die Wiederherstellung eines Großrusslands auf Kosten seiner Nachbarn konnte nicht im westlichen Interesse sein.

Die Veränderungen auf der politischen Landkarte Europas gehen noch tiefer. Eine liberale Ukraine könnte zur neuen Lokomotive für die weitere Demokratisierung des postsowjetischen Raumes werden. Die demokratischen Revolutionen in der Ukraine und in Georgien könnten auf Länder wie Belarus, Armenien oder Kirgisistan überschwappen. Damit wären die orangefarbene und die Rosenrevolution die Fortsetzung der historischen Umwälzungen auf dem europäischen Kontinent vor 15 Jahren. Über die Ukraine würden der Demokratietransfer und der politische Einfluss der EU und der USA tief in das Kerngebiet des ehemaligen Zarenreiches eindringen. Ein stärkeres Engagement der EU bei der Bewältigung von ethnisch-territorialen Konflikten in Moldawien und im Süd-Kaukasus mit gleichzeitiger »Eindämmung« der russischen Kontrolle über diese Friedensmissionen wäre die Folge.

In den kommenden Jahrzehnten werden sich die sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der EU immer weiter nach Eurasien verlagern. Das Schwarze Meer könnte zu einem Binnenmeer der EU avancieren. Der postsowjetische Raum würde seine politische und historische Bedeutung verlieren, der Kaspische Raum sich entweder in ein östliches Europa verwandeln oder mit dem Mittleren Osten verschmelzen.

Impressum

Herausgeber: Körper-Zentrum Russland/GUS, eine gemeinsame Einrichtung der Körper-Stiftung, Hamburg und des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin. Redaktion: Alexander Rahr | Anschrift: Rauchstraße 17-18, 10787 Berlin, Telefon 030 · 254231-54, Fax 030 · 254231-68, E-Mail gus@dgap.org, Internet www.dgap.org und www.koerber-stiftung.de

Wie wird Russland auf diese Entwicklung reagieren? In den russischen Eliten macht das Wort von der Einkreisung die Runde. Die erste Option wäre eine eigene Eindämmungspolitik gegenüber dem Westen. Mit Präventivschlägen gegen mutmaßliche tschetschenische Terroristen außerhalb russischen Territoriums könnte Moskau versuchen, sich Autorität zu verschaffen. Sollte der Westen sich dazu durchringen, Kosovo auf dem Balkan die Unabhängigkeit zu geben, würde der Ruf nach einer staatlichen Anerkennung der separatistischen Republiken Abchasien, Süd-Ossetien und Transnistrien durch Russland in Moskau stärker werden. Eine solche Entwicklung dürfte den Konflikt zwischen Russland und dem Westen verschärfen und einen Schlussstrich unter Putins Westöffnungspolitik setzen.

Für eine Konfrontationspolitik gegenüber dem Westen braucht Russland Verbündete, die dem Land den Rücken freihalten. Die massive Annäherung Russlands an China und Indien weckt im Westen Unbehagen. Russland hat kürzlich mit China das größte gemeinsame Militärmanöver der Geschichte durchgeführt. Der russische Rüstungstransfer ins benachbarte China bricht alle Rekorde. Die zunächst Richtung EU orientierte Energieallianz will Moskau nun mit China und Indien aufbauen. Aktien des Ölkonzerns Jukos werden chinesischen und indischen Ölkonzernen zum Kauf angeboten. Gleichzeitig wird der Energiekomplex immer stärker nationalisiert – unter Aufsicht der Geheimdienste. Anders als in Europa braucht sich Putin dort keine ständige Kritik an Demokratiedefiziten anzuhören.

Die zweite Option hieße an der Westöffnung festzuhalten, um Russland nicht der historischen Chance zu berauben, selbst einmal Teil des künftigen Europas zu werden. Dazu müssten heute beide Seiten Zugeständnisse machen. Der EU wird es geboten sein, ihre strengen Auflagen für eine Partnerschaft mit Russland, die ausschließlich auf die Übernahme liberaler Werte abzielen, abzuschwächen. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auch auf Interessen begründet worden. Die heute alles dominierende Wertedebatte hat erst nach dem Zerfall der Sowjetunion an Bedeutung gewonnen.

Die Vorteile einer Zusammenarbeit mit Russland liegen in der Vereinbarkeit von Interessen. Russland kann aufgrund seiner historischen Entwicklung der letzten Jahrhunderte weder heute noch bereits morgen eine blühende Demokratie werden. Zu warten, bis Russland in einigen Jahrzehnten ein liberales Modell annimmt, um dann eine Partnerschaft mit Moskau einzugehen, würde wertvolle Zeit beim Aufbau eines stabilen Europa verstreichen lassen.

Russisches Öl und Gas sollten nicht von Moskau für die eigene Großmachtwerdung instrumentalisiert werden, sondern als strategische Ressourcen für den globalen Status Gesamteuropas nutzbar gemacht werden. Der Westen müsste die Legitimität russischer geopolitischer Interessen auf postsowjetischem Raum tolerieren und der Tatsache ins Auge sehen, dass alle GUS-Länder auf viele Jahre wirtschaftlich und energiepolitisch von Russland abhängig sein werden. Die neue ukrainische Premierministerin Julia Timoschenko sieht die Ukraine und Russland nur zusammen nach Europa gehen. Im Gegenzug muss Russland der politischen Orientierung seiner neuen unabhängigen Nachbarn auf den Westen Tribut zollen und EU-Friedensmissionen in seinem »nahen Ausland« akzeptieren.

Die deutsch-russische Freundschaft schafft die Grundlagen für die zweite Option. Während die Tagesordnung der Beziehungen EU–Russland mit Menschenrechtsfragen so konfliktreich ist, dass ein Durchbruch in den Beziehungen unerreichbar scheint, ist die deutsch-russische Agenda konstruktiv und pragmatisch. Sie reicht vom Gaskonsortium, Bildungs- und Forschungspakt, Flugzeugprojekten, Kampf gegen den internationalen Terrorismus bis zum Wiederaufbau Tschetscheniens. Ein von Russland und Deutschland gemeinsam initiiertter Kaukasus-Pakt, ähnlich dem Modell des Balkan-Stabilitätspaktes, ist längst keine Utopie mehr.

Anders als in Brüssel hat sich Berlin unter Kanzler Gerhard Schröder der Aufrechterhaltung der Idee eines »erweiterten Europa« mit Russland verschrieben. Die neue Brüsseler EU-Nachbarschaftsstrategie, die Länder wie Marokko, Algerien, Libyen mit Russland, der Ukraine und Georgien in einen Topf wirft, greift historisch und politisch zu kurz. Die arabische Welt kann kein Teil der EU werden, die slawischen und christlichen Nationen im Osten gehören per se zur europäischen Zivilisation. Wenn die Türkei aus sicherheits- und geopolitischen Erwägungen in die EU aufgenommen wird, gelten diese Gründe auch für Russland und die Ukraine. Eine sicherheitspolitische Anbindung Russlands an Europa kann nur im Interesse der internationalen Friedenssicherung sein. Es wäre ratsam, das Fundament dafür zu legen, bevor Russland beginnt, sich aus Enttäuschung über den Westen wieder blind aufzurüsten.

Das Projekt Russland in Europa ist in Wirklichkeit bisher von niemandem ernsthaft angegangen worden. Die EU war und ist mit sich selbst beschäftigt, für amerikanische Interessen ist ein Beitritt Russlands zur EU kaum wünschenswert. Und Russland selbst träumt nach wie vor von seinem Großmachtstatus, den es, wenn überhaupt, erst in ferner Zukunft wieder erlangt. Moskau

will heute keine institutionellen Bindungen mit der geographisch kleineren EU eingehen. Die transatlantische Gemeinschaft ist in den letzten Jahren Veränderungen ausgesetzt worden. Sie wird für Europa mehr und mehr zu einer bloßen Option, weniger einer Schicksalsgemeinschaft. Eine Erweiterung der EU nach Eurasien, wie es Putin in seiner berühmten Rede im Deutschen Reichstag 2001 vorgeschlagen hat, wäre eine andere (weit entfernte) Möglichkeit.

Fest steht allerdings, dass ein nichtdemokratisches und autoritäres Russland für eine europäische Integration nicht in Frage kommt. Die Lehren aus der orangefarbenen Revolution in der Ukraine müssen in Russland noch gezogen werden. Russland dachte, es könne sein Modell der »gelenkten Demokratie« in andere GUS-Staaten exportieren. Nach den Georgiern haben nun auch die Ukrainer das russische Modell verworfen und sich dem viel attraktiveren EU-Modell zugewandt. Eine große Mehrheit der Russen befürwortet dagegen noch immer das Modell des autoritären Ordnungsstaates. In Russland ist das Oligarchensystem nicht wie in der Ukraine durch eine Revolution von unten, sondern durch polizeistaatliches Vorgehen ausgehebelt worden.

Der diplomatische Streit um den 60. Jahrestag des sowjetischen Sieges über Nazi-Deutschland zeigt, wie unterschiedlich Geschichte, Werte und Zukunft in Russland und dem Rest Europas beurteilt werden. Russland schöpft aus diesem historischen Datum seine Legitimität als Großmacht, während es für die Mittelosteuropäer der Beginn einer über vier Jahrzehnte währenden Okkupation war. Ein anderes historisches Datum – der 20. Jahrestag des Beginns der Perestrojka – findet im offiziellen Russland keine Würdigung. Mit der Perestrojka verbinden die Russen heute nicht den Sieg der Freiheit über den Kommunismus, sondern den Staatszerfall.

Das alles bringt Russland in geistige Kollision mit dem übrigen Europa. Also doch Konfrontation?

Das ist eher unwahrscheinlich. Russland hat an seinem Nimbus als Ordnungsstaat kürzlich große Einbußen hinnehmen müssen, nicht nur in der gescheiterten Re-integrationspolitik auf postsowjetischem Raum. Die Gefahr droht nicht von der Stärke, sondern der Schwäche Russlands. Die liberalen Reformen der Jahre 2000/2001 werden inzwischen verwässert, die wichtigste aller Reformen Putins, der schmerzhaft Umbau des Sozialsystems, wurde so dilettantisch umgesetzt, dass sich

soziale Unruhen ausbreiteten, eine Regierungskrise heraufbeschworen, es im Parlament zum ersten Mal zur Ausbildung einer echten Putin-Opposition kam und das Wirtschaftswachstum verlangsamt wurde. Russland wurde beim Wirtschaftswachstum von der Ukraine und Belarus überholt. Um die Lage zu stabilisieren, mussten die zuvor in den fetten Jahren angelegten Rücklagen aufgewendet werden, die für die Wirtschaftsmodernisierung künftig fehlen werden.

Zwischen der georgischen Rosenrevolution und der orangefarbenen Revolution in der Ukraine gab es noch ein weiteres Ereignis, das bedeutende Veränderungen auf der politischen Landkarte ankündigte: das furchtbare Geiseldrama von Beslan. Putin hatte versucht, den tschetschenischen Konflikt lokal einzugrenzen und zu »tschetschenisieren«. Als Folge des Scheiterns der Tschetschenienpolitik stand er nun vor einem Flächenbrand und Verlust der Kontrolle über den gesamten Nordkaukasus. Verzweifelt zog er die Notbremse – mit Auswirkungen auf das ganze System: Korruption und Willkür auf regionaler Ebene will der Kreml mittels der Abschaffung von direkten Gouverneurswahlen und Parteieinheitslisten bekämpfen.

Das Projekt Putin-Nachfolge, das 2007/2008 die Zukunft des Landes entscheiden soll, gestaltet sich komplizierter als vom Kreml gedacht. Den Posten des Präsidenten einer Konföderation Russland, Ukraine, Belarus, Kasachstan, den Putin nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit hätte übernehmen können, wird es wohl nicht geben. Als Nachfolger scheint sich bislang alleine der Verteidigungsminister Sergej Iwanow zu profilieren, doch seine Aufrufe zum lauten Patriotismus und härterem Umgang mit dem Westen können nicht im Sinne der Putinschen Westöffnungspolitik sein. Leider gibt es in Putins Umgebung niemanden, der westliches Gedankengut mit gleichem Enthusiasmus propagiert.

Zwei wichtige Ereignisse stehen in der zweiten Amtszeit Putins bevor. Von ihnen wird es abhängen, inwieweit Russland sich in die Weltgemeinschaft integriert, oder seinen eigenen Weg wählt. Im nächsten Jahr übernimmt Russland den Vorsitz in der G-8. 2007 soll der Beitritt zur WTO vollzogen werden. Beide Schritte können ohne eine Öffnung Russlands zur Außenwelt nicht bewerkstelligt werden. Die Unterzeichnung des umstrittenen Kyoto-Protokolls zielt in diese Richtung. Die Ressource »Westen« ist im russischen Transformationsprozess noch nicht aufgebraucht.

Alexander Rahr